

**Selbständig. Verantwortlich.
Solidarisch.
AGS RHEIN-ERFT**

AGS der SPD im Rhein-Erft-Kreis
<http://www.ags-rheinerft.de>

13.. Februar 2016

An die Landeskonferenz der AGS NRW

Initiativ-Antrag der AGS Rhein/Erft TTIP:

Vollständige Transparenz und Stärkung der KMU´s

Empfänger: Die SPD- Bundestagsfraktion

Das TTIP- Abkommen muss **völlig transparent** verhandelt werden und hat den Forderungen der SPD Rechnung zu tragen.

Begründung:

Aktuell: TTIP- Unterlagen sind jetzt für Abgeordnete einsehbar, aber mit starken Einschränkungen

Die AGS NRW unterstützt ausdrücklich alle internationalen und nationalen Bemühungen, die Rechts- und Tatsachenlage für die Stärkung der kleinen und mittelständischen Betriebe zu stärken und ihre Marktpositionierung zu verbessern. Die KMUs (SMEs) können prinzipiell von einer Vereinfachung und einer Vereinheitlichung der Regeln internationalen Handels und technischer Normen profitieren. TTIP aber ist viel mehr als das. Der tiefe Eingriff in gewachsene Qualitätsstandards, die Vorherrschaft von multinationalen Konzerninteressen weniger Großakteure, die Schwächung der lokalstaatlichen Souveränität, die sehr bedenklichen Fehler bei der Daseinsfürsorge örtlicher Körperschaften und bürgerlicher Interessen und die drohende Aushebelung rechtsstaatlicher Gerichtsstrukturen durch „gefällige“ außerparlamentarische Pseudo-Gerichte sind nicht zustimmungsfähig. Ein Vertragsentwurf muss entsprechende, zustimmungsfähige Inhalte haben und völlig transparent kommuniziert werden.

Der Weg zu einem zustimmungsfähigen Abkommen ist folgender:

1. **Vollständige Neuverhandlung des TTIP und CETA-Abkommens** mit einer durch und durch transparenten Dokumentenlage und Verhandlerstruktur unter Einbindung der bürgerschaftlichen und der parlamentarischen Strukturen. Dabei sind sämtliche Dokumente offenzulegen, die Akteure sind alle zu benennen, Partikularinteressens-Träger und Lobbyisten seitens ausgewählter „Shareholders“ dürfen allenfalls beteiligt, nicht aber entscheidungsbefugt sein. **Online darf jede Bürgerin, jeder Bürger kostenfrei vollständigen Zugriff haben.** Sanktionierte „Leseräume“ für „Eingeweihte“ des Bundestages oder des Europa-Parlaments sollen ausdrücklich untersagt werden. 2. Der Ablauf des Ratifizierungsprozesses soll vorab festgelegt werden. 3. Ein Sondergericht wie es bereits bei der Weltbank als ICSID Verfahren existiert ist in dem neu auszuhandelnden Vertrag nicht legitimiert. Bestehende Regelungen und Berufsinstanzen sollen die regulären Gerichte der beteiligten demokratischen Einzelstaaten gemäß der derzeit gültigen national- und völkerrechtlichen Verträge nutzen. Kein Unternehmen darf sich dabei mittels inländischer Gerichte, wie im Falle Argentiniens oder anhänglich im Falle Costa Ricas über nationales Recht hinwegsetzen. 4. Eindringlich wird die Wirtschaftskultur der Einzelstaaten respektiert. Die Vielfalt der KMUs darf nicht gefährdet werden, sondern muß der Monopolstruktur einiger multinationaler Konzerne und Finanzinstitute übergeordnet werden.

Für den Antragssteller:

David Boventer – Vorsitzender der AGS Rhein-Erft

Unterstützt durch:

André Brümmer, Vors. der AGSNRW

Susanne Brefort – Stellv. Vorsitzende der AGS NRW